Aus der Bewegung

Brief aus Dänemark

Die antiparlamentarische Bewegung der nordschlesw. Bauernschaft und das „linke" Proletariat.

Die Unzufriedenheit der Sönderiyden (ehemaligen Nordschleswiger) mit den durch die Abtretung an Dänemark geschaffenen Verhältnissen findet ihren verschiedenartigsten Ausdruck. Die ökonomisch verwirrten Verhältnisse, besonders der Bauernschaft als Klasse, bedingen die verschiedenartigsten Parteikonstellationen. Die Aufwertung der Inflationsmark durch die dänische Regierung schaffte bereits seinerzeit große Unzufriedenheit; aber seit die dänische Krone in die Deflation trat, sollen die Verhältnisse (nach Darstellung der Bauernschaft) geradezu unhaltbare geworden sein, z. B. soll der Bauer die Dollaranleihe an den dänischen Staat mit 6,— Kronen zurückzahlen, während die Regierung die Dollaranleihe mit nur 4,— durch Deflation höher bewerteten Kronen zurückzahlt. Daß diese Bewertungsmaßnahmen für die Bauernschaft eine außerordentlich schwere Belastung bildet, steht außer Zweifel.

Auch nationale Fragen spielen eine Rolle. Deutsche, Dänen und Friesen kämpfen um die nationale Vorherrschaft. Schule, Sprache, „nationale Kultur" usw. sind der Deckmantel für die ökonomischen Interessen der einzelnen Gruppen. Hier wollen wir uns heute nur eine Gruppe als unserm Thema zugrunde liegend herausgreifen. Es ist dieses die Gruppe der Friesen, unter Führung des Bauern Cornelius Petersen.

Die Bewegung des Friesen Cornelius Petersen entstand vor etwa 2 Jahren. P. forderte für Dänisch-Nordschleswig „Unabhängigkeit und Selbstverwaltung". Die Bewegung ist antiparlamentarisch, anti-proletarisch, mit faszistischem Einschlag. Die bürgerlichen Zeitungen brachten eine verwirrte Darstellung der Ziele und Ursachen der Bewegung, und versuchten mit Fleiß die Bewegung dem Fluche der Lächerlichkeit preiszugeben. Für uns revolutionäre Kommunisten hat aber auch eine, wenn auch kleine Bewegung einer produzierenden Klasse der Gesellschaft Anspruch auf Beachtung und kritische Untersuchung der Ursachen und Zusammenhänge. Weiter unten werden wir besprechen, daß die Bauernbewegung bereits einen Kompendent im Proletariat zu suchen beginnt oder bereits gefunden hat.*)

Die sozialdemokratische Regierung, eine Regierung der Großbauern, konnte die Schwierigkeiten der Klein- und Mittelbauern (besonders in Rücksicht auf die großen und weitgehenden „üblichen" Versprechungen der parlamentarischen Parteien und bürgerlichen, nationalen Presse vor und während der Abstimmung im Jahre 1920) nicht meistern. Die Sozialdemokratie, als die Vertreterin „der Interessen der Arbeiter und Bauern" (also zweier Extreme), konnte bei ihrer Abhängigkeit von Industrie und Handelskapital, erst recht nicht in ihrer 2jährigen Regierungstätigkeit den Bauern helfen. Der staatsfeindlichen Tendenz der friesichen Bauernbewegung konnte sie als staatserhaltende Partei keine Sympathien entgegenbringen. Die Abhängigkeit des sozialdemokratischen Ministeriums vom großagrarischen, Industrie- und Handelskapital einerseits, den Interessen der Arbeiter und des Klein-Bürgertums andererseits bringt diese in einen unlösbaren Widerspruch zu den Interessen der letzteren und des Klein- und Mittelbauern. Der Klein- und Mittelbauer des Abstimmungsgebietes sah im Anschluß an Dänemark, als eines Landes, welches ökonomisch gesehen durch den Weltkrieg nur gewonnen hatte, eine Chance, sich aus dem nationalen und ökonomischen Zusammenbruche zu retten. Zweifellos hat der Bauer des Abstimmungsgebietes durch den Anschluß an Dänemark erhebliche ökonomische Vorteile erzielt. Die Mark wurde mit 50 Prozent u. m. aufgewertet. Elektrifizierung, Bodenmeliorationen und Trockenlegung der Westküste, Deichbauten u. a. m. auf Kosten der Gesamt-Steuerzahler, d. h. des ländlichen und gewerblichen Proletariats. Nun aber, nachdem Deutschland national, industriell zu erstarken beginnt, die Zollpolitik Deutschlands auf dem Gebiete der agrarischen Produktion dem Absatz für lebendes und geschlachtetes Vieh, Eier, Butter, Käse u. a. m. Einfuhrschwierigkeiten bereitet (Deutschland ist das natürliche Absatzgebiet für Nordschleswigs landwirtschaftliche Produktion, uralter Handelsweg nach Hamburg. Fehlen eines Exporthafens an der Westküste), die bereits erwähnte erhebliche Belastung der Höfe durch die Dollaranleihe, die Deflation der Krone einen Export unrentabel gestaltet, entdecken die friesischen Bauern ihr treudeutsches Herz. Dieses sind die ökonomischen Ursachen der friesischen Bauernbewegung unter dem Motto: „Der Wille des Volkes ist höchstes Gesetz." Freies Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung, Aufhebung des Parlaments.

Die Führer dieser Bewegung (es soll nochmals hervorgehoben werden, daß diese Bewegung dem Proletariat als Klasse feindlich gegenübersteht und für sich das größtmöglichste Ausbeutungsrecht in Anspruch nimmt, gegenüber dem ländlichen Proletariat) lehnen sich auf gegen den wirtschaftlichen Druck. Indem sie in dem unfruchtbaren, redseligen Parlament die Ursache alles Uebels vermeinen, nehmen sie eine offene Kampfstellung ein gegen das Parlament. Die Drohung Cornelius Petersens, mit 3000 Bauern einen Kreuzzug hin zum Parlament zu unternehmen, im Schloßhofe zu Kopenhagen so lange zu lagern, bis das Parlament ihnen das Recht auf Selbstverwaltung zugestanden oder dieses auseinandergejagt, ist mehr Romantik als Realität, aber inspiriert vom großen Vorbilde Mussolini. Daß man, wie die konservative und sozialdemokratische Presse u. a. glaubt, eine solche Bewegung als Produkt eines überspannten und von faszistischem Wahn angekrankten Bauernhirnes hinstellen zu können vermeint, beweist, daß diese Ursache und Wirkung verkennen.

Stauning, als Chef der sozialdemokratischen Regierung und Wanderredner seiner Partei, sieht eine Hauptaufgabe darin, diese Bewegung in öffentlichen Versammlungen zu bekämpfen. Daß Stauning dabei die Führer der friesischen Bewegung nicht mit Glacéhandschuhen angreift, ist von seinem Standpunkt aus verständlich. Daß er den Bauernführern persönliche eigennützige Motive unterschiebt, ist eines seiner Hauptargumente. Aber wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus! So auch hier.

Nun aber setzt der Volksredner und Wanderagitator der sozialdemokratischen Partei, in seiner Würde als Minister gekränkt, den Apparat seines justizministeriellen Parteigenossen in Bewegung. Das sozialdemokratische Ministerium erhebt Klage gegen den Bauern Cornelius Petersen und einen andern der Prominenten wegen Beleidigung des Gesamtministeriums. Resultat der Kampagne: 3 Monate Gefängnis für Cornelius Petersen (Unterinstanz), 3000.— Kr. Strafe, evtl. 3 Monate Gefängnis (Landgericht). Petersen hat Berufung beim Obersten Gericht angemeldet.

Niedliche Aussichten! Die sozialdemokratischen Minister fahren auf Staatskosten als Redner ihrer Partei im Lande umher, um als Parteiagitatoren ihrer Wählerschaft ein X für ein U vorzumachen. Die Schwierigkeiten, die sie als Minister unfähig sind zu lösen auf Grund ihrer „Zweistühle"-Politik, geben sie vor, von böswilligen, einzelnen Wirrköpfen, die unter der Flagge einer bestimmten Sache zu dienen, persönlich egoistische Motive wahrzunehmen, begründet seien. Eine Antwort, gerichtet an den sozialdemokratischen Parteiagitator, die „Hörner und Zähne" hat, wird beantwortet mit einer gerichtlichen Klage wegen Beleidigung der höchsten Beamten des Staates.

•

In dem „linken" reformistisch eingestellten Flügel der Arbeiterschaft gärt und brodelt es seit Jahren.

Die hoffnungs- und ausweglose Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften läßt jene von einem Extrem in das andere fallen. Es ist ein ständiges Suchen nach neuen Wegen, ohne an ein Ziel zu gelangen, dessen es sich verlohnen würde, überhaupt zu beginnen. Der Grundfehler, den jene Pfadsuchenden begehen, ist die alte Illusion, reformistische Organisationen umorganisieren zu können zu einem radikaleren Instrument des Klassenkampfes.

Ihre Führer aus der Glanzzeit des Syndikalismus sind von dem zu erobernden, zu radikalisierenden System mit Haut und Haaren verschlungen worden und bilden zum weitaus größten Teile Säulen des sozialdemokratischen kleinbürgerlichen Reformismus und festesten Bollwerks gegen eine Revolutionisierung des Proletariats.

An dieser Entwicklung tragen die Sektionen der 3. Internationale den Hauptteil, wenn nicht allein die Schuld. Im Jahrgang Nr. 5 der „KAZ." haben wir wiederholt die Versuche und Ansätze innerhalb der skandinavischen Arbeiterbewegung geschildert, um die Arbeiterbewegung vorwärts, d. h. mehr aktiv zu gestalten. Wie die Versuche ausgefallen, wird erinnerlich sein: Negativ.

Vor einigen Monaten erschienen Maueranschläge, die die aktiven Elemente der Arbeiterschaft aufriefen, in der Frage der Arbeitslosen aktiv einzugreifen und zwar durch „demonstratives Auftreten auf der Reichstags-Zuhörer-Tribüne" — „durch Einwirken auf die Gewerkschaften" —. Unterzeichnet war dieser Aufruf: „Revolutionärer Arbeiter- und Studentenbund." Es blieb bisher die Wirkung aus.

Am 1. Oktober d. J. erschien ein neues Blatt mit dem Titel: „Folkets Vilje" (Der Wille des Volkes). Herausgeber: Ein linker, kleinbürgerlicher Reformer, begeisterter Kooperateur. Programm: Arbeit für freie sozial-selbständige Kommune- und Kreisgemeinde-Gesellschaften und unabhängiger Reichstagsparlamentarismus. Wie man sieht, ein langer Titel, gemischt mit Reformismus und — der Inhalt der ersten Nummer verrät es — syndikalitische Utopien.

Die durch Sozialdemokratie und die bezahlten Lakaien der 3. Internationale systematisch des Denkens entwöhnten Proleten sind ein allzuleicht ins Garn gehendes Wild. Auch diese Sirenengesänge werden ihre Opfer an sich locken. Doch hier finden wir wieder einen Zusammenhang mit der Bauernbewegung des Cornelius Petersen.

„Folkets Vilje" wird von einem in „linken" Kreisen als idealistisch bezeichneten Mann herausgegeben. Der Inhalt des Leitartikels Nr. 1 des „Folkets Vilje" ist: „Parlamentarismus und Volksregierung", eine getreue Kopie des Cornelius Petersenschen Anti-Parlamentarismus und Volksregierungsutopien mit dem Unterschiede: dort sind es „Arbeiter" und hier „Bauern", zu welchen man spricht.

Der ehemalige „Sozialist", spätere „Syndikalist" vergißt nur eins, nämlich, daß der Bauer sein Privat-Eigentumsrecht, das Recht an den Produktionsmitteln verteidigt, daß Cornelius Petersen im Grunde nur kämpft für eine höhere Grundrente und Akkumulation einer aus (nur zum geringen Teile) eigener, zum größten Teil fremder Arbeitskraft.

Der Arbeiter aber, zu dem „Folkets Vilje" spricht, kämpft aus den entgegengesetzten Ursachen gegen den Parlamentarismus. Diese Extreme können auf keiner Stufe des Befreiungskampfes sich berühren, noch vereinen. Beide, Arbeiter und Bauer, im Kampfe vereinen zur Bekämpfung der Staatsmacht, der Willkür, Ausbeutung, gegen die „Auswüchse" des Parlamentarismus, für Volksregierung, „Folkets Vilje" im Namen der Arbeiter, Cornelius Petersen im Namen einer — reaktionären — Bauernmasse, das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Da diese Rezepte aus der Zeit vor 1525, des glorreichen Bauernaufstandes entlehnt sind, muß man fragen: Hat die Entwicklung für Menschen vom Schlage des „Folkets Vilje" seit der Zeit eines Münzers, mit all ihren gewaltigen Kämpfen, das Erscheinen des Proletariats auf dem Kampbbilde, stillgestanden?

O Ihr Syndikalisten, wessen ist Euer Geist fähig, Verwirrung zu stiften, welche Unfähigkeit, die Grundgesetze alles nationalistischen Geschehens zu begreifen! „Folkets Vilje" — du redest von „Molboer" (Schildbürger) in bezug auf Parlamentarier, doch das stärkste Schildbürgerstück" leistest du selbst, indem du Cornelius Petersen, den reaktionären Bauern, zusammenkuppelst mit dem verzweifelnd suchenden, irrenden, manchmal strauchelnden, doch sich immer wieder erhebenden dänischen „linken" Arbeiter. Du träufelst heimlich, doch wiederholt, Gift in das Hirn des Arbeiters. Giftmischer macht man unschädlich!

Was bedeutet die Klage Staunings gegen Cornelius Petersen wohl im Gegensatze zu deiner schädlichen Handlung? Eine Bagatelle! — Oder stehst du im Solde Cornelius Petersens, das Proletariat der Hauptstadt, dem Sitze des von ihm tödlich gehaßten Parlamentarismus, seinen Interessen dienstbar zu machen? U. A. w. g.

---

*) Es sind wohl kaum 75 Jahre verflossen, seitdem der dänische Bauer von den Fesseln der Feudalsklaverei befreit worden ist. Es bestehen daher noch heute zwischen der Bauernschaft und dem städtischen Proletariat gewisse sympatische Wechselbeziehungen, welche z. B. ihren besonderen Ausschlag gaben bei der großen Aussperrung des Jahres 1899. Die Landbewohner und Bauern unterstützten die ausgesperrten Arbeiter durch fuhrenweise Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten und auch mit Geld. Heute, unter der fortschreitenden Klassenscheidung ist diese Sympathie im Schwinden begriffen oder kaum noch vorhanden. Die Stellung der Bauernschaft während der letzten großen Aussperrungen zeigt dies.

Blankenese a. d. Elbe

Ueber das idyllische Fischerdorf ist längst das Rad der Zeit gegangen. Kraß wie kaum irgendwo liegen hier Hütten und Paläste eng beieinander, denn Blankenese ist das Dorado der Hamburger Pfeffersäcke.

Nach langer Zeit hielt die KAP. hier wieder eine öffentliche Versammlung ab. Besuch war für die örtlichen Verhältnisse gut. In längeren Darlegungen zeichnete Redner die russische Entwicklung und stellte damit die kapitalistische Wirklichkeit gegen den proletarischen Kinderglauben vom fortschreitenden Aufbau des Sozialismus. Als Instrument Tschitscherins ward die Moskauer Internationale zum ehernen Bollwerk gegen die Weltrevolution. Der proletarische Klassenkampf muß die Front von der Komintern bis zum Völkerbund durchbrechen, wenn die kapitalistische Ordnung niedergerungen werden soll. Physiokraten, „Sozialisten" und Moskaujünger standen in der Debatte gemeinsam gegen den revolutionären Marxismus. Diese beweisen an Hand des russischen Beispiels den Unsinn des Klassenkampfes, während die Anhänger der Nep deutlich zeigen, daß sie noch nicht einmal Sozialdemokratien sind. Ein „linker" KPD.-Mann ließ Versöhnungsschalmeien ertönen. Dann wurden die verschiedenen Argumente der Gegner noch kurz beleuchtet und abgetan und die Versammlung ging bald nach Mitternacht zuende. Blankenese ist harter Boden, aber die KAP. wird nicht locker lassen.

Der Weg ins Nichts

Die „Einheitsfront" Nr. 38 bringt eine Notiz des „Ortsrats Groß-Berlins", die so beginnt:

„In Berlin Norden, Westen, Südosten, Bohnsdorf und in einem unbekannten Vorort, der sich usw. nennt, wohnen noch etwa je zwei bis drei ehemalige AAU.-E.-Mitglieder, jetzt antiautoritäre Schreihälse. „PZ." und „KAZ." reichen sich wieder einmal die Hand, indem sie Rundschreiben, Aufforderungen und dergl. dieses „Ortsrats Groß-Berlins" in alle Welt hinausposaunen. Wir machen sie und alle übrigen Arbeiterblätter darauf aufmerksam, daß sie damit nur die unverschämten (und dummen) Lügen übernehmen, die jene Gruppen (welche sich früher gegenseitig ausgeschlossen hatten, nun als Leidensgefährten wieder gefunden haben) in der Oeffentlichkeit verbreiten."

Wir haben bekanntlich schon des öfteren Notiz genommen von Rundschreiben oder Erklärungen dieses „Ortsrats". Aber erst, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß die „BO." ein Blättchen von einer neben dem „PZ." herausgegebenen Absplitterung diesen „Ortsrat Groß-Berlins" anerkennt. Nach den Aufzählungen der „Einheitsfront" sind in Berlin doch vielleicht etwas über ein Dutzend Mitglieder, die den Pfempfert ausgeschlossen haben können, vorhanden. Zusammen mit denen, die hinter dem Blättchen in Frankfurt stehen, dürften es einige Dutzend mehr sein, wie die Pfempfert-Leute. Rechnet man den „PZ." noch hinzu, wird das Bild vollständig. Einer spricht dem anderen das Recht ab, Rundschreiben usw. zu versenden. Wir können auch nicht prüfen, wer „Recht" hat. Wir stellen nur fest, daß ein starkes Dutzend mehr „Recht" haben sollte — in Berlin — wie Herr Pfempfert. Wir stellen weiter fest, daß die Spartakusritter sich organisatorisch selbst so auf den Hund gebracht haben, daß sie nicht mehr wissen, wie sie ihren Bankrott verdecken sollen. Das wird uns aber nicht hindern, bei Gelegenheit dem Proletariat diese Mussolini in Westentaschenformat immer wieder abzumalen, soweit es noch notwendig ist.

•

In einem vier Zeitungsspalten langen Artikel, der auf der ersten Seite beginnt, pappelt irgend ein Clown von der reformistischen KAPD. und AAU. Er meint:

„Die KAP. ist überhaupt gegen die ganze böse Rationalisierung, die „kapitalistische Verelendungsoffensive", wie sie schreibt; die Arbeiter sollen sich „ihrer Haut wehren" gegen die Rationalisierung und sollen „die Streikbruchbefehle ihrer Gewerkschaftsinstanzen rücksichtslos zerreißen." — —

„SP., KP., KAP. ziehen heute an einem Strick." — —

Es ist natürlich zwecklos, sich mit notorischen Flachköpfen in eine Debatte einzulassen über die Rolle einer revolutionären Partei. Der ganze Bandwurm ist eine einzige Propaganda für organisierten Streikbruch. Diesen Streikbruch überlassen wir gerne den Einheitlern. Ihre metaphysischen Borniertheiten haben sie ja auch so weit gebracht, daß sie heute mit **den Gewerkschaften an einem Strick ziehen!** Oder ist die Schmiedke-Gewerkschaft keine Gewerkschaft und zu gleicher Zeit der Dritte im Bunde dieses „Spartakuskartells"? Sie fallen aus reinster Verzweiflung von einem Extrem ins andere, und stellen sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als die drei Weisen aus dem Morgenlande vor. — Wir können warten, bis die eigene Unfähigkeit sie zum Stolpern bringt. Was macht übrigens der „Spartakus"? Was macht die „Reichskonferenz"? Was macht der hartnäckige Genosse Schmiedke, der Unüberzeugbare? Wir können uns denken, daß man auf dem Katzensteg schlecht schwindelfrei bleiben kann. — Diese Angst vor der kommenden unsterblichen Blamage ist immerhin ein mildernder Umstand, den man den Wanderern ins Nichts zu Gute rechnen muß.

•

Bei Drucklegung der Zeitung kommt uns die „Einheitsfront" Nr. 39 zu Gesicht. Dort erfahren wir, daß es in der KAPD. eine — „Krise" gibt. „Bewiesen" wird diese „Krise" durch ein Rundschreiben, daß ein „KAPD.-Genosse" der Einheitsfront" geschickt haben soll. Eingeleitet wird dieses Geseire mit der Bemerkung von „den vielen Gruppen in der KAPD." — Wir sind Herrn Pfempfert dankbar dafür, daß er uns sagt, daß die KAPD. sich in einer Krise befindet, und wohl auch bestimmt die Genossen der KAPD., von denen bisher bestimmt kein einziger etwas davon gemerkt hat. Wir beneiden Herrn Pfempfert wirklich nicht um seine journalistischen Fähigkeiten. Wir möchten ihm nur den Rat geben, wenn er in Zukunft wieder einmal ein Rundschreiben über die KAPD. verfaßt, und somit selbst „den Genossen der KAPD. spielt", so soll er nicht der KAPD. seine eigenen Gebrechen versuchen anzuhängen, sonst werden die Mitglieder der AAU.-E. erst recht aufmerksam auf die Ursachen, die die AAU.-E. zu einem Verein von schöngeistigen Kleinbürgern machten und die Geschäftsaussichten für den in allen Sätteln gerecht werdenden Franz sind schon sowieso nicht glänzend.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Erwerbslose.

Montag, den 1. November 1926, mittags 1 Uhr in Boeckers Festsäle, Weberstraße 17

Allgemeine Mitgliederversammlung der erwerbslosen Genossen von Groß-Berlin. Erwerbslosen-Obmann.

Achtung 7. Bezirk Charlottenburg.

Freitag, den 5. November 1926, abends 7 Uhr, findet bei Koch, Schillerstraße 75, die Kassierung der Union statt.

•

Weißensee. Am Freitag, den 5. November, abends 7,30 Uhr, Unionsabend bei Galles, Greifswalder- Ecke Lehderstraße. 4. und 18. Unterbezirk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl S[illegible], Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy [illegible], Berlin O. 17, Langestraße 79.

Achtung! Bibliotheken und Archive!

Noch einige komplette

Jahrgänge 1924 u. 1925

der

Kommunistischen Arbeiter-Zeitung

400 Seiten stark, in tadellosem Einband zum Vorzugspreise von

12 Mark

zu haben. Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat
Berlin O 17, Warschauer Str. 49

7. Jahrg. Nr. 87

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

November 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Ein Wendepunkt!

Die KPD. gegen „wilde" Streiks!

Nach den Hamburger Hafenarbeitern, die den Schlichtungskünstlern kurzerhand die Brocken vor die Füße warfen, und ihnen damit brutal die Maske vom Gesicht rissen, bäumten sich die Berliner Verkehrsarbeiter auf. Es ist noch einmal gelungen, einer für die Gewerkschaften und ihre Zuhälter so offen heiklen Situation, wie sie der Hamburger Streik für sie schuf, auszuweichen. Aber der offene Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zeigte sich auch hier. Nach jahrelangem Zaudern und Hoffen rührt sich der Sklave wieder. Es ist nicht das klare Bewußtsein ihrer Klassenlage, was die Legionen der Ausgebeuteten zur Rebellion treibt, wohl aber der wachsende Gegendruck auf die auf die Spitze getriebene Ausbeutung. Ein neuer Abschnitt, ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Revolution beginnt.

Die arbeitermordende Rationalisierung erweist sich als eine Schraube ohne Ende. Neben den Millionen Erwerbslosen als das unmittelbare Resultat dieser „Vernünftigmachung" wächst auch ohne Ende der Druck auf die noch beschäftigten Lohnsklaven und ihre erbärmlichen Hundelöhne. Beim ersten Versuch jedoch, dieser Verelendungsoffensive Einhalt zu gebieten, stößt die Arbeiterklasse auf die von den Gewerkschaften sanktionierten und heiliggesprochenen Fesseln der Schlichtungsparagraphen, die das Proletariat zur ewigen Verdammnis verurteilen sollten — im Interesse der demokratischen Republik und der gewerkschaftlich-parlamentarischen Nutznießung der kapitalistischen Ausbeutung. Der erste Schritt, der erste Stoß wird und muß sein, dieser Plunder von papiernen Fesseln in Fetzen zu reißen. Ein Hamburg in noch größerem Ausmaße und größerer Wucht, ein Kampf, wenn auch um profane Lohnerhöhungen, aber unter diesen Bedingungen zugleich gegen die gesetzlichen Knebelungsparagraphen der Ausbeuterrepublik wird den breiten Arbeitermassen von neuem die arbeiterfeindliche, arbeiterverräterische, arbeitermordende Gewerkschafts- und Parlamentstaktik demonstrieren, und ihnen die Kraft geben, die festesten Säulen der Ausbeutungsstrategie der kapitalistischen Geldsackrepublik zum bersten zu bringen.

„Die Kommunistische Partei erklärt vor der gesamten Arbeiterklasse: wir wollen keine wilden Streiks!" Diese Sätze, die in einem offiziellen Aufruf der KPD. in der „Roten Fahne" vom 5. Februar 1926 stehen, und die eine Antwort sind auf die Anzapfung der SPD., die im Bewußtsein der kommenden Ereignisse von der KPD. Garantie verlangte, sprechen für sich. Es kann auch gar nicht anders sein! Die Arbeitsgemeinschaft des russischen Kapitals — „von konsequent sozialistischem Typs" — mit dem deutschen Kapital schließt die Arbeitsgemeinschaft der einzelnen Sektionen mit den Vertragskontrahenten in sich. Rußland braucht: Drehbänke modernsten Typs, Fräs- und Schleifmaschinen, Dampfhämmer, hydraulische und Luftpressen. Nach den letzten in Moskau vorliegenden Meldungen sind von Rußland an deutsche Firmen bis zum 7. Oktober 1926 insgesamt 540 Bestellungen auf Werkzeugmaschinen vergeben worden, für deren Finanzierung die Ausfallgarantie des Reiches und der Länder in Anspruch genommen werden soll. „Nur Arbeit kann den russischen ‚Kommunismus' retten." „Sozialismus ist Arbeit." „Der Sozialismus marschiert." — Nieder mit dem „Luxemburgismus"! Hoch die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, verbrämt mit der revolutionären Phrase und dem vereinbarten Klamauk. Hoch die „Gewerkschaftseinheit"!

Und doch wird sich die proletarische Revolution nicht auf die Dauer vergewaltigen lassen, wie sie sich auch nicht nach den metaphysischen Flachköpfen der Pfempfern und C. richten wird. Sie saugt bereits wieder neue Kräfte aus dem Boden, der durch die Rationalisierung ohne Ende revolutionär unterwühlt wird. Der wachsende Widerstand gegen den wachsenden Druck wird zu gleicher Zeit der Angriff gegen die Gewerkschaften und ihre Politik sein, weil sie im Interesse des Kapitals und damit ihrer selbst, auch den leisesten Widerstand der Arbeitermassen zu brechen gezwungen sind. Die wachsende Streikbewegung wird die Gewerkschaften und ihre Verteidiger an ihrer Achillesferse treffen, und im Kampf gegen die arbeitsgemeinschaftlichen Fesseln werden die Arbeitermassen von neuem das freie Feld der Revolution gewinnen.

Die KAPD. und AAU. werden in diesen Kämpfen nicht mit verschränkten Armen beiseite stehen. Indem sie dem Proletariat die Bedingungen ihres Kampfes zeigen und gemeinsam mit ihm den Widerstand zu brechen suchen, handeln sie im Geiste der Revolution, die das Werk der gesamten Arbeiterklasse sein muß und sein wird. Was Rosa Luxemburg 1918 sagte, und in der „Roten Fahne" Nr. 12 nachzulesen ist, ist durch den „Leninismus" noch nicht widerlegt und verdient erneut, hier Platz zu finden:

„Die beginnende Streikbewegung ist ein Beweis, daß die politische Revolution in das soziale Fundament der Gesellschaft eingeschlagen hat. Die Revolution besinnt sich auf ihren eigenen Urgrund. Sie schiebt die papierene Kulisse von Personenveränderungen und Erlassen, die an dem sozialen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch nicht das allergeringste geändert haben, beiseite und betritt selbst die Tribüne der Geschehnisse.

Die Bourgeoisie fühlt wohl, daß hier ihre sterbliche Stelle berührt wird, daß hier der Spaß der Regierungsharmlosigkeiten aufhört und der furchtbare Ernst der Auseinandersetzung zweier Todfeinde von Angesicht zu Angesicht beginnt. Daher die bleiche Angst und die heisere Wut gegen die Streiks. Daher die fieberhaften Bemühungen der abhängigen Gewerkschaftsführer, den heraufziehenden Orkan in die Netze ihrer alten bürokratisch-instanzlichen Mittelchen zu fangen, und die Masse zu lähmen und zu fesseln.

Vergebliche Mühe! Die kleinen Fesseln der gewerkschaftlichen Diplomatie im Dienste der Kapitalherrschaft haben sich in der Periode der politischen Stagnation, die dem Weltkriege voraufgegangen ist, trefflich bewährt. In der Periode der Revolution werden sie elend versagen. Schon jede bürgerliche Revolution der Neuzeit war von einer stürmischen Streikbewegung begleitet. So gut in Frankreich am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts, in der Juli- und in der Februarrevolution, wie in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien. Jede große soziale Erschütterung ruft naturgemäß aus dem Boden einer auf Ausbeutung und Unterdrückung gegründeten Gesellschaft heftige Klassenkämpfe hervor. Solange die bürgerliche Klassengesellschaft im Gleichgewicht ihres parlamentarischen Alltags verharrt, geht auch der Proletarier geduldig in der Tretmühle des Lohnverhältnisses und seine Streiks haben dann nur den Charakter schwacher Korrekturen an der als unerschütterlich geltenden Lohnsklaverei.

Sobald das Gleichgewicht der Klassen durch einen revolutionären Sturm ausgerenkt ist, schlagen die Streiks aus sanftem Wellenspiel der Oberfläche in drohende Sturzwellen um. Die Tiefe selbst kommt in Bewegung. Der Sklave begehrt nicht bloß gegen den so schmerzlichen Druck der Kette auf, er rebelliert gegen die Kette selbst.

So in allen bisherigen bürgerlichen Revolutionen. Mit dem Ausgang der Revolutionen, die stets zur Befestigung der bürgerlichen Klassenherrschaft führten, pflegte auch die proletarische Sklavenrebellion in sich zusammenzufallen, der Proletarier kehrte mit gesenktem Haupte in die Tretmühle zurück.

In der heutigen Revolution sind die eben ausgebrochenen Streiks keine „gewerkschaftliche" Auseinandersetzung um Lappalien, um das Drum und Dran des Lohnverhältnisses, sie sind die natürliche Antwort der Massen auf die gewaltige Erschütterung, die das Kapitalverhältnis durch den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und die kurze politische Revolution der Arbeiter und Soldaten erfahren haben. Sie sind der erste Anfang einer Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland. Sie leiten den Beginn des gewaltigen direkten Klassenkampfes ein, dessen Ausgang kein anderer als die Beseitigung des Lohnverhältnisses und Einführung der sozialistischen Wirtschaft sein kann. Sie lösen die lebendige soziale Kraft der gegenwärtigen Revolution aus, die revolutionäre Klassenenergie der proletarischen Massen. Sie eröffnen die Periode der unmittelbaren Aktivität der breitesten Massen, jener Aktivität, zu der die Sozialisierungsdekrete und Maßnahmen irgendwelcher Vertrauenskörperschaften oder der Regierung nur die Begleitmusik bilden können.

Die proletarische Masse ist **durch ihr bloßes Erscheinen** auf der Bildfläche des sozialen Klassenkampfes über alle bisherigen Unzulänglichkeiten, Halbheiten und Feigheiten der Revolution zur Tagesordnung übergegangen. Der Acheron ist in Bewegung geraten und die Knirpse, die an der Spitze der Revolution ihr kleines Spiel treiben, werden purzeln, oder sie werden endlich das Kolossalformat des weltgeschichtlichen Dramas, an dem sie mitspielen, verstehen lernen." —

Das revolutionäre Proletariat weiß heute, daß sie es niemals begreifen lernen. Aber es weiß, daß die Massen der politisch denkenden Arbeiter es verstehen lernen werden — früher oder später.

Hinter den Kulissen der Fememordprozesse

Unsrre lieben Frauen vom kalten Bronnen
Bescher' uns arme Landsknecht' ein warme Sonnen,
Auf daß wir nicht erfrieren,
Zieh'n wir dem Bauersmann
Sein wollen Hemd vom Leibe —
Das steht ihm übel an!

So zogen die Landsknechte sengend und mordend durch die Länder, dabei „getreu" dem Herrn dienend, der sie am besten besoldete und ihnen weitesten Spielraum ließ. Das war im Mittelalter, dessen grauenvolle Folter- und Mordinstrumente auf der verflossenen Polizeiausstellung dem sensationslüsternen besseren Pöbel vordemonstriert wurde, um noch einmal die großen Verdienste des gegangenen Polizeiministers Severing um Republik und Demokratie weithin leuchten zu lassen. Doch die Fememord-Prozesse bringen die scheußlich verzerrten Gesichtszüge des finstersten Mittelalters zum Vorschein. Sie zeigen denen, die sehen können, die wirkliche Fratze des Satans Kapital, den sie sonst in der hübsch aufgemachten demokratischen Maske sehen.

Vieles hat sich seit dem Mittelalter verändert. Neue Menschen stehen in neuen, anderen Produktions- und Eigentumsverhältnissen. Aber unbeschadet aller Veränderungen und Umwandlungen im ökonomischen Fundament der Gesellschaft sind die damit verbundenen veränderten Beziehungen der Menschen untereinander immer noch Klassenbeziehungen. Der Klassenkampf als die Lokomotive der Menschheitsgeschichte ist nicht gelindert. Im Gegenteil: heute stehen sich zwei große Klassen zum unversöhnlichen Kampfe gegenüber; die Bourgeoisie, die auf ihre ökonomische Schranke gestoßen ist und sich dennoch mit allen Mitteln an der Herrschaft halten will, das Proletariat, das infolge der unerträglich werdenden Krise des Kapitalismus die Bourgeoisie überrennen muß, um durch Schaffung neuer, höherer, sozialistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse die Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft und ihr eigenes Leben zu ermöglichen.

Nach 1918 war 1923 das Jahr, in dem die bürgerliche Herrschaft wankte und ernsthaf gefährdet war. Der Ruhrkrieg mit Frankreich verschlimmerte mit der steigenden Inflation die Lebenslage des Proletariats unerhört. Anfang 1923 war

die Geburtsstunde der „Schwarzen Reichswehr", deren Rolle erst mit Aufdeckung der Praxis einer „Selbstzustiz" bekannt wurde, die sich mit ihren grausamen Folterungen und meuchlerischen Bluttaten sehr wohl mit der mittelalterlichen Justiz messen kann.

Einer, der es wissen muß, v. Graefe, hat bereits am 26. April 1923 zur Begründung einer Beschwerde folgende bemerkenswerte Ausführungen vor dem Staatsgerichtshof gemacht. Er sagte:

Anfangs Januar 1923 wenige Tage vor dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrrevier, sei er bei dem damaligen Kanzler Cuno gewesen, und habe diesem **den Fall feindlicher Angriffe von außen und zur Niederschlagung von Unruhen im Inneren** die „Völkischen Kampfkorps" zur Verfügung gestellt, unter der einen Bedingung, daß den Völkischen ihre Führer, wie Roßbach, durch Verhaftungen nicht fortgenommen, und auch die andern Belästigungen der völkischen Freiheitsbewegung, insbesondere durch den preußischen Innenminister, nicht fortgesetzt würden. **Cuno habe diesen Standpunkt gebilligt und sich bereit erklärt, Roßbach wenige Tage später persönlich zu empfangen.** Tatsächlich sei auch Roßbach kurz darauf bei Cuno gewesen. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wolle er aber keine Angaben machen.

Einige Wochen nach der Besetzung Essens habe dann in Hannover eine Konferenz stattgefunden, an der Vertreter des Wehrkreises VI (damals General v. Loßberg), teilgenommen hätten, und die von seiten der Völkischen mit Graefe, Roßbach, den inaktiven Generälen Lettow-Vorbeck, Maerker und Stülpnagel beschickt war. **Auf dieser Konferenz sei die Bildung einer sogenannten „Territorialarmee" oder „Schwarzen Reichswehr" beschlossen worden,** die von den völkischen Turnerschaften und den „Völkischen Kampfkorps" mitgebildet werden sollte, und **die auf Truppenübungsplätzen und in Kasernen in engster Anlehnung an die legale Wehrmacht untergebracht, von aktiven Offizieren ausgebildet werden sollte.**

Graefe sprach damals schon von dem Bestehen der Schwarzen Reichswehr „in engster Anlehnung an die legale Wehrmacht". Er zog sich dafür den Vorwurf des Reichswehrministers zu, den Begriff „Schwarze Reichswehr" in die Oeffentlichkeit gebracht zu haben. Jahrelang versuchten die Regierungsorgane jede öffentliche Erörterung der S. R. und ihrer Werke zu verhindern — im „vaterländischen Interesse". Heute hat man sich dazu bequemt, in aller Oeffentlichkeit die Fememord-Prozesse zu verhandeln, denn man habe nichts zu verbergen. Heute wird eifrig die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung angestrebt. So glaubt man denn heute am besten zu fahren, auch innerpolitisch, wenn man öffentlich von den paar erwischten Landsknechts-Kreaturen abrückt; und die Bourgeoisie ist skrupellos genug, um diese und ihr Milieu moralisch zu erledigen. Es ist so die beste Gelegenheit, sich von diesen deklassierten und verlumpten Elementen mit ihrem „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen . . ." loszusagen. So kann man sich von den längst schädlich gewordenen, unsicheren Kantonisten befreien. Das wird gründlich besorgt. Die Fememörder werden so richtig als schmutzigster Abschaum der Menschheit gekennzeichnet. —

Aber weiter geht es auch nicht. Als der Oberleutnant Schulz bei dem aufsehenerregenden Fememordprozeß Ausschluß der Oeffentlichkeit verlangte, um so den Nachweis führen zu können, daß die S. R. eine legale Einrichtung gewesen sei, wurde das abgelehnt. Der Vorsitzende wies einmal darauf hin, daß es „die vaterländische Pflicht aller Prozeßbeteiligten sei, das Verfahren so schnell als möglich zu beendigen." Schulz sagt aus:

„Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Gericht das alles wissen muß, um sich ein wirkliches Bild von der Lage zu machen. Ich erkläre öffentlich, daß die von mir geleiteten Arbeitskommandos von dem preußischen Minister des Innern und dem Reichswehrminister aufgestellt worden sind. (Große Bewegung im ganzen Saal.) Die von uns angeworbenen Leute trugen die Uniform der Reichswehr und sie waren vom Reichswehrministerium verpflichtet worden, jede, auch die geringste Maßnahme, geheimzuhalten.

Die Arbeitskommandos bestanden zuerst aus 80, später aus 160 Mann. Wenn ich mehr Leute brauchte, so stellte ich entsprechenden Antrag, und zwar benachrichtigte ich das Wehrkreiskommando. Dieses gab die Meldung dem Reichswehrministerium, und dieses dem preußischen Minister des Innern weiter. Im Einverständnis des Innenministers wurde die Aufstellung dieser Formation vollzogen. (Große Bewegung.)"

Gedenkfeier
zu Gunsten der proletarischen Gefangenen

Sonnabend, den 6. November 1926, findet in der Stadthalle, Klosterstraße, die Gedenkfeier der Revolution statt.

Mitwirkende:

Gemischter Chor **Groß-Berlin** — Rezitationen — Solomusik.

Eintrittspreis 0,75 Mk. Anfang pünktlich 7 Uhr.

Kartenverkauf findet am Saaleingang nicht statt und sind nur bei den Funktionären und in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Lausitzer Platz 13, zu haben.

Sorgt für den Vertrieb.

Vereinigte rev. Unterstützungs-Kommission der KAP., AAU. und KAJ.

Geßler und Severing dementierten. Severing streitet alles ab. Geßler bestreitet immer noch, daß es überhaupt eine S. R. gegeben hat und gibt an, daß die Arbeitskommandos legale Einrichtungen nach dem Versailler Friedensvertrag sind, nur weil in Küstrin die Leute vom polnischen Selbstschutz aufgenommen wären, sei es doch militärischer zugegangen, als bei anderen Arbeitskommandos. Herr Geßler ist doch zu naiv. Er nahm doch selbst im August 1923 eine Besichtigung der S. R. in Döberitz vor. Weiter machte z. B. ein Reichswehrmajor Meldung über das „Arbeitskommando" in Spandau, das mit am besten bewaffnet war. Der Major stellte eine überetatsmäßige Stärke fest und war empört über die offene Rebellion gegen ihn als Schwarzrotgoldener. Aber alles blieb — wie üblich — still.

Geßler nimmt dabei (im „B. T." vom 31. 10. 26) Severing in Schutz. Er sagt, auch Severing habe ein großes Interesse an der Abwicklung des polnischen Selbstschutzes durch „Arbeitskommandos" gehabt, da der sich nicht freiwillig auflösen lassen wollte. Severing weiß also ebensoviel, wie Geßler, Seeckt und die Reichsregierung. Im Preußischen Innenministerium fanden damals Verhandlungen mit den vaterländischen Geheimorganisationen über deren Verwendung als Hilfspolizei „im Bedarfsfalle" statt, die selbst der „Vorwärts" zugegeben hat. Es zeigt sich, daß die Rolle der S. R. allen denen bekannt war, die ein Interesse an der Rettung des bürgerlichen Staates vor der „bolschewistischen Flut" hatten. (Sie war als Ergänzung von Polizei und Militär gedacht.) Dazu gehören selbstverständlich auch die Sozialdemokraten, die ja nach dem Sturz Cunos direkt an der Regierung teilnahmen. Erst als die SR. putschen wollte, mußte die Bourgeoisie sich mit ihren Lakaien und Machtorganen gegen ihre aus der Rolle gefallenen Hilfswerkzeuge wehren. Der Major Buchrucker versuchte sich seiner drohenden Verhaftung nach Aufdeckung der Putschpläne durch den Küstriner Putsch zu entziehen. —

Heute können sich die Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie entrüsten über die verkommenen Subjekte, die heute als Sündenbock ihren Kopf hinhalten müssen. Heute hat Severing sein Werk vollendet und eine starke Polizeiorganisation in Preußen geschaffen, die mit Handgranaten, Maschinengewehren, Panzerwagen und Kampfflugzeugen ausgerüstet ist und durch Exerzieren, Felddienstübungen und Herbstmanövern (z. B. um Königsberg) für den Bürgerkrieg gedrillt wird, die uzverlässiger ist als monarchistische Landsknechtshorden. Außerdem treten in Gefahr Reichsbanner und Jungdo als Hilfspolizei in Funktion. Aber auch die KPD.-Parlamentarier sollten ihr Maul nicht so weit aufreißen. Auch sie konnten 1923 über gewisse Dinge schweigen, wie die Zusammenhänge und Hintermänner der völkischen Sabotagesprengungen im Ruhrgebiet, um dem „französischen Imperialismus nicht Waffen in die Hand zu geben". Als die Regierung den übelsten Nationalismus der KPD. nicht entsprechend würdigte, konnte sich die „Rote Fahne" am 27. Mai 1923 nur zur Drohung aufraffen: **Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die KPD., oder wir werden das Schweigen brechen!"** Heute ist es nicht weiter gefährlich, mit den Wölfen über den Fememord-Skandal zu heulen. Auch die Anfrage im Landtage über die „Reichsbanner"-Notpolizei, die erst so bombastisch angekündigt wurde, ist bis heute nicht erfolgt. Dafür wird um so positiver Parlamentsarbeit geleistet, wie es sich für eine Partei gehört, die im Interesse des deutsch-russischen Bündnisvertrages allen ernsthaften Komplikationen tunlichst aus dem Wege geht.

Die Arbeiter, die noch die demokratische Maske des Satans Kapital für das echte Gesicht **halten, — sie** mögen diesen Blick hinter die Kulissen der **Fememord-Prozesse** tun. Sie werden sehen, daß der bürgerliche Staat mitsamt dem ganzen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Gesocks das brutale Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse ist. Die Arbeiter müssen sich beeilen, zu erkennen und sich in der revolutionären Kampffront der KAP. und AAU. zusammenfinden. Sonst wird sich das Trauerspiel von 1923 wiederholen.

Politische Rundschau

Die Landtagswahlen in Sachsen

„Au wai — wir haben gesiegt!"

Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtresultat verteilen sich die Mandate im neuen Sächsischen Landtag folgendermaßen:

Kommunisten	14	(10)
SPD.	31	(40)
ASPS.	4	(—)
Demokraten	5	(8)
Deutschnat.	14	(19)
Wirtschaftspartei	10	(0)
Aufwertungspartei	4	(0)
Nationalsozialisten	2	(0)

Die KPD. stimmt nun — sie hat es auch verdammt groß nötig! — ein fürchterliches Siegesgeschrei an. Sie hat 4 Mandate gewonnen. Die SPD. hat 9 Mandate verloren, von denen sie aber an die „alte" Sozialdemokratie 4 abgibt, bleiben also noch 5 Rest. Die Stimmen der „bürgerlichen" Parteien sind ungefähr die alten, es hat nur eine Verschiebung stattgefunden. Rechnet man die „alte" Sozialdemokratie noch zur „Einheitsfront", so stehen 49 Mandate der „Linken" 47 Mandaten der „Rechten" gegenüber. Die „Arbeitermehrheit", das Ziel der KPD., ist also da, wenn man auch schwer begreifen kann, warum sie über den Verlust der Sozialdemokratie jubelt. Ihr Ziel war doch die „Arbeitermehrheit".

Praktisch verdankt die KPD. diesen „Sieg" dem Zulauf von Kleinbürgern, die aus Wut über die Haltung der SPD. in der Hohenzollernaffäre die KPD. wählten. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent, und es ist nicht zu kontrollieren, wieviele revolutionäre Arbeiter diesen Rummel nicht mehr mitmachten. Ein gut Teil der Nichtwähler dürfte in den Reihen der KPD. zu suchen sein, die den Brandlerkurs, für den der Spitzenkandidat Böttcher eine absolute Garantie bildet, ablehnen. — Man kann gespannt sein, was die KPD. mit ihrem „Sieg" nun anfangen wird.

In Mecklenburg unterstützt die KPD. eine sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung, und hilft dieser, die „Ruhe und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Revolut. Arbeiter, die gegen diesen Kurs Sturm laufen, fliegen aus der Partei. In Sachsen ist diese Abstoßung von revolutionären Arbeitern aus der KPD. ebenfalls unvermeidlich. So erweisen sich die Wahlsiege der KPD. stets als Siege der Kleinbürgerpartei über klassenbewußte Arbeiter. Wir gönnen der KPD. diese „Siege", die nur Meilensteine auf ihrem Wege zur rettungslosen Versumpfung sind.

Der neueste Sieg Stalins

Auch Schljapnikow und Medwedjew kapitulieren.

Schljapnikow und Medwedjew haben an das Politbüro des ZK. und das Präsidium des ZKK. eine Erklärung abgegeben, die folgendermaßen lautet:

„Im Interesse der Partei und ihrer wahren Einheit erklären wir offen: 1. der Brief des Genossen Medwedjew an die Genossen in Baku (1924) enthält eine Reihe von grob-fehlerhaften Anschauungen, die gegen manche Grundsätze der Partei gerichtet sind und dem Leninismus sowie den Prinzipien der Komintern widersprechen.

2. Die fehlerhafteste Stelle in diesem Briefe ist der Hinweis auf die Methoden der Tätigkeit der Komintern, der einen verletzenden Vergleich über eine der Komintern-Sektionen ausspricht („ **die kleinbürgerliche Knechtschar, die vom russischen Gelde unterstützt wird**"). Wir glauben, daß dieser wichtigste Teil des Briefes grob-irrtümlich ist und unser wirkliches Verhalten gegenüber der Komintern nicht **wiedergibt.**

3. Ebenso irrig ist der Hinweis hinsichtlich der Roten Gewerkschaftsinternationale, der veranlassen kann, gegen den Verfasser die Beschuldigung zu erheben, er strebe die Liquidierung der RGI. an. Wir halten die Formulierung für irrig. Wir stehen in bezug auf die RGI. auf dem Boden der Parteibeschlüsse.

4. Wir sind entschiedene und vorbehaltlose Anhänger der Komintern und ebenso entschiedene Gegner der Zweiten Internationale. Wir glauben, daß die Führer der jetzigen Sozialdemokratischen Parteien die Interessen der Arbeiterschaft verraten haben, daß sie die Agenten der Bourgeoisie sind.

5. Wir erkennen an, daß eine Reihe ähnlicher grober Irrtümer die Veranlassung gab zu Beschuldigungen, die gegen uns in den Spalten der „Prawda" und des „Bolschewik" erhoben wurden.

6. Den polemischen Ton und eine Reihe schroffer Ausdrücke des Artikels Schljapnikows in der Nummer 17 des „Bolschewik" erachten wir für unzulässig.

7. Im Zusammenhang mit der Angelegenheit der „Bakuer Opposition" richteten wir an das ZK. und ZKK. eine Reihe schroffer mündlicher und schriftlicher Erklärungen. Wir erachten diese für irrig.

8. **Wir verurteilen entschieden und vorbehaltlos die von uns angewandten Methoden des Fraktionskampfes, wir verurteilen** ebenso entschieden jedwede organisatorische Fixierung auf der Grundlage von Anschauungen, die mit den Parteibeschlüssen auseinandergehen. Wo unsere Gesinnungsgenossen die Schaffung fraktioneller unterirdischer Gruppierungen angebahnt haben, rufen wir sie auf, diese sofort aufzulösen. Die Beschlüsse der Kongresse und Konferenzen der Partei, ihres ZK. und ihrer ZKK. halten wir durchaus bindend für uns und werden sie vorbehaltlos durchführen.

Mit kommunistischem Gruß — Schljapnikow — Medwedjew."

Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird es keinen unter den Führern der Komintern mehr geben, der sich nicht auf Kommando selbst geohrfeigt und unterschrieben hat, daß er ein nicht ernst zu nehmender Trottel ist. Korsch baute nach der Kapitulation von Synowjew und Trotzki seine ganze Ticktack-Taktik auf den „treuen", „erprobten", „wirklich linken" Schljapnikow auf. Nun stürzt auch diese Säule — armer Korsch!

Diese offene Korruption der „Oppositionsführer" in Rußland, die die Stalin-Fraktion erzwingt, sollte den Arbeitern der KPD. an sich schon zu denken geben. Sie ist nur ein Beweis dafür, daß der Leninismus eine einzige große Lüge ist, der mit allen Mitteln der Gewalt, der Ueberlistung, des Massenbetrugs nach außen etwas vorzutäuschen sucht, was nicht mehr vorhanden ist. — Aber sie wird trotz alledem nicht in der Lage sein, das sozialpolitische Gesicht Rußlands zu verschleiern, und in diesem Gesicht werden die Arbeiaer der KPD. auch letzten Endes die Ursachen des reaktionären Kurses der 3. Internationale erkennen.

Ein außergewöhnlich frecher Schwindel

Paul Böttcher — doch ein Fürstenknecht!

Der „Entschiedene Linke" entnehmen wir folgenden Artikel:

Dieser Tage wurde in einem Blatte der Kommunistischen Opposition behauptet, der Brandlerianer Paul Böttcher habe, als er noch Finanzminister war, den sauberen Plan gehabt, dem sächsischen Königshause viele Millionen Mark, Schlösser, Villen, Jagdreviere usw. zuzuschanzen und sei nur durch die gewaltsame Absetzung der Zeigner-Regierung daran gehindert worden, diesen Plan in die Tat umzusetzen.

Der KPD.-Zentrale kam diese Rückerinnerung an die Taten des heutigen Lieblings sehr ungelegen. Denn Paul Böttcher ist heute der Leiter der sächsischen KPD. und Spitzenkandidat der KPD. bei den bevorstehenden Landtagswahlen.

Da wäre es äußerst unangenehm, wenn man an der Vorgeschichte dieses Mannes beweisen könnte, daß die KPD. nicht einmal den Kampf gegen die „monarchistische Gefahr" ernst nimmt. Und daß man als ultralinker Genosse aus der Partei herausfliegt, als Fürstendiener in ihr aber die höchsten Ehrenstellen erklimmen kann.

Wir hatten keinen Grund, dem „Vorwärts" von vornherein Glauben zu schenken. Die behaupteten Tatsachen waren jedoch so ungeheuerlich, daß wir uns der Mühe unterzogen, diese Vorwürfe anhand der sächsischen Landtagsakten zu untersuchen. Wir fanden, daß die Behauptungen des „Vorwärts" leider der Wahrheit entsprachen; die in der „Roten Fahne" vom 17. Oktober verbreitete Widerlegung jedoch von Anfang bis zu Ende erlogen war.

Paul Böttcher aber ist ein Fürstenlakai! Thälmann und selbst Bucharin wissen um diese Skandalaffäre seit langem. Wenn sie jetzt die Unwissenden spielen, so **lügen sie bewußt.**

Die sogenannten Widerlegungen der „Roten Fahne" beruhen auf einem einfachen Trick. Sie wirft mit Jahreszahlen, Protokollen und Landtagsbeschlüssen nur so durcheinander, um die Vorgänge am denkwürdigen 23. Oktober 1923, auf die es allein ankommt, zu verschleiern.

Damals war Zeigner Ministerpräsident und Böttcher Finanzminister. Zugleich saß auch Heckert in der Regierung. Die Sprengung dieser Regierung durch General Müller **erfolgte erst am 29. Oktober.**

Was **geschah** nun **am 23. Oktober** im Sächsischen Landtag Lesen wir den Bericht über die 62. Sitzung vom 23. Oktober 1923.

Dort steht:

„Erste Beratung der Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung. Hierzu sprach Zeigner im Namen der Gesamtregierung. Er führte aus:

„Der erst in diesen Tagen abgeschlossene Zusatzantrag bringt gegenüber dem Hauptvertrag insofern eine bedeutsame Klarstellung, als er im einzelnen genau aufführt, was an Hausfideikommisvermögen dem Haus Wettin übertragen werden soll.""

Zeigner fährt dann fort und sagt:

„Ohne eine gewisse Großzügigkeit von beiden Seiten sind Auseinandersetzungen wie die vorliegende überhaupt nicht zum Abschluß zu bringen. Von einer wesentlichen Benachteiligung des einen oder des anderen Vertragsteiles wird man kaum sprechen können. Die Regierung darf sich der Erwartung hingeben, daß auch der Landtag bei der näheren Durchprüfung des Entwurfes sich davon überzeugen wird, daß der Entwurf aus dem Geist heraus entstanden ist, zu einem friedlichen Ausgleich mit dem vormaligen Königshaus zu gelangen, dessen Mitglieder, das wollen wir **dankbar anerkennen, in langer Ahnenreihe dem Lande hohe Kulturwerte vermittelt haben.**

Die Regierung bittet deshalb den Landtag, dem Entwurf seine Zustimmung zu geben und ihn möglichst schnell zu verabschieden."

Dabei handelt es sich bei dieser Vorlage um nichts mehr und nichts weniger als die Ueberweisung des Schlosses Moritzburg, der Moritzburger Domänengrundstücke und mehrerer Forstreviere als Eigentum an das sächsische Königshaus. Dazu sollte diese eine Barabfindung im Betrage von 14 Millionen Mark samt 5 Prozent Zinsen ab 1. Juni 1920 enthalten. Dem vormaligen König sollte auf Lebenszeit die Ausübung des Jagdrechts in 5 Revieren eingeräumt werden. Zeigner sprach fortdauernd **im Namen der Gesamtregierung.** Die Minister **Heckert** und **Böttcher,** letzterer war sogar der zuständige Ressortminister — aber **schwiegen** zu dieser speichelleckerischen Rede Zeigners.

Was tat die kommunistische Fraktion? Sie sandte eine notorisch schwache Rednerin vor, die heute bei der SPD. befindliche Martha Schlag. Diese ließ die Möglichkeit zu, daß die KPD. im Ausschuß zu diesem Raubvertrag „Verbesserungsanträge" einbringen werde.

Die Vorlage wurde dann gegen 33 Stimmen in erster Lesung dem Rechtsausschuß überwiesen. Wer die dagegen Stimmenden waren, wird in dem Protokoll nicht verzeichnet. Es können auch bürgerliche Stimmen gewesen sein.

Fest steht jedenfalls, daß die Kommunisten in ihrer Gesamtheit nicht gegen die Vorlage stimmten. Wir raten allen Genossen, sich das Protokoll Nr. 62 über die Sitzung vom 23. Oktober 1923 aus dem Sächsischen Landtag in Dresden zu verschaffen. Sie werden dann selbst sehen, wer sie belügt, und die ganze KPD. bloßstellt und wer nicht.

Aber es gibt noch andere Zeugen, gegen die selbst die Zentrale und ekkitreuen Mitglieder der Partei nichts einwenden werden.

So sagte Thälmann auf dem 5. Weltkongreß in seiner Rede vom 23. Juni 1924:

„Wir haben ferner gesehen, daß die Regierung (Zeigner-Böttcher-Heckert, D. Red.) schon nach wenigen Tagen 14 Millionen Mark als Abfindungssumme für den König von Sachsen bewilligte."

Bucharin sagte in derselben Sitzung:

„Ich habe auf unserem Parteitag über diese Dinge gesprochen: Wir können doch solche Kleinigkeiten nicht vergessen — wie zum Beispiel, daß die Frage der Entschädigung der Königlichen Familie auf die Tagesordnung gestellt wurde . . . das ist doch sehr symptomatisch . . . das können wir nie vergessen!!!

Und heute? Bucharin, Thälmann und Böttcher in einer Front gegen die Ultralinken, das sollte auch dem letzten ehrlichen Arbeiter in der Partei zu denken geben. Der Schwindel in der

Wohin treibt Rußland?

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen . . .

Zetkin als Anwalt der neuen Bourgeoisie. — Die Arbeitsordnung der „Großen Initiative". — Wie sich der Muschik gegen den Kulak wehren soll.

In der Wochenschrift „Die kommunistische Internationale" reitet Klara Zetkin eine lange Attacke gegen das kürzlich schon erwähnte Memorandum der „Weddinger Opposition" und der Urbahns-Gruppe. Wer die Zetkin der Nachkriegszeit auch nur flüchtig kennt, wundert sich nicht darüber, daß hier hysterisches Gepolter und demagogische Verdächtigung im Kampf gegen die Linken oft sachliche Argumentation ersetzen muß. Wir wollen natürlich für eine Opposition, die immer noch Moskaus Sektionen revolutionieren will, keine Lanze brechen, sondern nur feststellen, daß Klara Zetkin bei der Hetze für Hinauswurf der Opposition in vorderster Reihe steht. Deshalb ist ihr bei den Dokumenten der Linken auch besonders wichtig, daß sie beweisen, „wie wohl organisiert die Verbindungen der Ultra-Linken mit der oppositionellen Fraktion in der RKP. sind. Sie tragen unverkennbar die Fabrikmarke: In Moskau hergestellt." (K. I., Heft 3.)

Aber die Familienangelegenheiten der Moskauer sind für das revolutionäre Proletariat weniger wichtig, als jene Politik, die Zetkin gegen linke Kritik verteidigen muß. Die Opposition hatte die Forderung nach Belebung und Entbürokratisierung der Sowjets erhoben, damit sie wieder „aktive Träger der proletarischen Staatsidee und des Wirtschaftsaufbaues" werden. Die Mehrheit (Stalin) hingegen „hat die Wahlrechte, die durch die Verfassungsurkunde der Sowjetunion festgelegt waren, nach manchen Richtungen hin erweitert und den kleinbürgerlichen und gegenrevolutionären Elementen (reiche Bauern, mit der Kirche in Beziehung stehende Elemente, Kleinhändler, städtische Bourgeoisie) den Zugang zu den Sowjets ermöglicht." Das Memorandum sagt, daß selbst die Stalingruppe den Ausfall der letzten Sowjetwahlen als überaus schlecht bezeichnet hätte und stellt fest, daß die antisowjetistischen Elemente wachsende Aktivität aufweisen, während sich die Arbeiterklasse vielfach deprimierend zurückhielt und die Dorfarmut — eingeschüchtert durch den Terror der Dorfbourgeoisie — den Wahlen überhaupt fernblieb.

Diesen politischen Folgen der fortschreitenden Kulackisierung sucht nun die Zetkin eine leninistische Deutung zu geben, die für die weitere Entwicklung in Rußland unbedingt festgehalten werden muß. „Sie (die Sowjetwahlen) waren die ersten, denen eine breite und freie Wahlkampagne vorausgegangen ist. Wenn trotzdem die Zahl der in die Sowjets entsandten Kommunisten zurückgegangen ist, so erklärt sich dies im allgemeinen aus zwei Ursachen. Die großzügige Wahlkampagne hat in den Landstädten und Dörfern neue, wenn auch werktätige, so doch nichtproletarische Elemente für die Wahlen mobilgemacht, während die Aufstellung der Kandidaten zu den Sowjets frei, ohne Druck des Sowjets und Parteiapparats erfolgte. In der Folge ist zwar die Zahl der kommunistischen Sowjetvertreter in Dörfern und Landstädten unbedeutend gesunken, dafür aber eignet den erwählten Kommunisten eine größere Autorität, denn in Wahrheit und Tat hat **das Vertrauen der Wähler** sie in die Sowjets delegiert. Mit größerem Nachdruck und Erfolg als aufgezwungene Vertreter werden sie daher auch die Aufgabe verwirklichen, als aktive Träger der proletarischen Staatsgewalt die Idee des Sozialismus zu verbreiten, indem sie die Verwaltung mit kommunistischem Geist erfüllen." (K. I., Heft 4.)

Wie Papa Kautsky sich wohl freut, wenn er das freie Wahlrecht — seine alte Forderung an die Bolschewiki — auch in Rußland marschieren sieht. Daß dies „Vertrauen der Wähler" auf dem Untergrund wachsender Klassendifferenzierung zum Schwindel der bürgerlichen Demokratie werden muß, ist so belanglos, daß die Zetkin es nicht erwähnen braucht. Noch dazu, wo sie nach Mehrings letztem Werk die „Erbin marxistischen Geistes" ist.

Die Bolschewiki werden den Werktätigen in Rußland noch viel „politische Freiheiten" schenken, weil sie die wachsende ökonomische Ungleichheit damit verdecken müssen.

„Konsequent sozialistischer Typus."

Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat eine neue Betriebsordnung für die **Metallindustrie** erlassen. Ihre Bestimmungen lassen erkennen, mit welchen Mißständen die Betriebsverwaltungen zurzeit hauptsächlich zu kämpfen haben. Nach dem Gewerkschaftsblatt Trud vom 26. September lauten die wichtigsten Bestimmungen dieser neuen Ordnung:

„Es ist verboten, während der Arbeit Versammlungen zu veranstalten, Bücher oder Zeitungen zu lesen, in den Werkstätten herumzugehen usw. Die Aushändigung von Konsumvereinsbüchern und Zeitungen und die Einziehung von Beiträgen haben entweder während der Arbeitspausen oder nach Beendigung der Arbeit zu erfolgen. Der Besuch der Verbandstelle (Ambulanz) darf nur außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, mit Ausnahme dringender Fälle.

Beschädigungen des Materials, an denen der Arbeiter die Schuld trägt, haben Lohnabzüge in der Höhe des Wertes des beschädigten oder verdorbenen Materials oder des Arbeitsgegenstandes zur Folge, jedoch mit der Maßgabe, daß dadurch der Arbeitslohn nicht unter zwei Drittel des Tarifsatzes sinkt.

Es sind drei Arten von Strafen für die Verletzungen der Betriebsordnung vorgesehen: Erstens **Tadel,** zweitens **Ueberführung auf eine schlechter bezahlte Arbeit** für einen Zeitraum von bis zu 6 Monaten und drittens **Entlassung.**

Das verspätete Erscheinen zur Arbeit sowie ein vorzeitiges Verlassen der Arbeit wird die ersten drei Male getadelt. Beim dritten und vierten Male erfolgt die Ueberführung auf eine Arbeit mit geringerer Entlohnung. Nach dem fünften Male erfolgt Entlassung. Außerdem wird in allen Fällen die versäumte Zeit nicht bezahlt.

Verschärft sind die Strafen für Arbeitsversäumnis ohne zureichenden Grund. **Ein versäumter Arbeitstag hat Tadel zur Folge,** bei 2 bis 4 Tagen oder bei 3 Tagen der Reihe nach erfolgt Ueberführung auf eine schlechter entlohnte Arbeit. Im Falle einer Arbeitsversäumnis von mehr als 3 Tagen findet Entlassung statt. Im Falle von **Krankheitssimulation wird der** Simulant das erstemal auf eine niedriger entlohnte Arbeit übergeführt, bei Wiederholungen entlassen. Unternimmt ein Arbeiter irgend etwas, um eine Stillegung des Betriebes zu verlängern, so erfolgt Ueberführung auf schlechter entlohnte Arbeit oder Entlassung. Eine tätliche Beleidigung eines Vertreters der Werkleitung oder der Verwaltung hat in jedem Falle Entlassung zur Folge. **Falls ohne zureichenden Grund die Arbeitsnorm nicht erreicht wird,** erfolgt die beiden ersten Male Tadel, bei dem dritten und vierten Male Ueberführung auf eine weniger lohnende Arbeit und bei weiteren Fällen Entlassung. **Ferner** ist eine Reihe von Strafen vorgesehen für das Mitbringen von Spirituosen, Kartenspielen, Nichtbefolgung von Verfügungen der Werkleitung usw." —

Rykow hat irgendwo gesagt, daß die russischen Proleten das Werden des Sozialismus noch nicht erfaßt hätten. **Man braucht sich diese „Arbeitsordnung" nur daraufhin anzusehen.** Arbeitslast, Entbehrung und Kampf gegen Sabotage haben einen **revolutionären** Sinn, wenn das Proletariat die Macht hat und die neue Ordnung aufbaut. Wenn sie aber im Zeichen des freien Wahlrechts stehen und der „zahlungsfähigen Nachfrage" genügen sollen, dann illustriert Rußland ein Antreibersystem, das für die Kapitalisten in aller Welt ein Vorbild ist.

Wie sich der Muschik gegen den Kulak wehren soll.

Es ist hier an der Hand von amtlichem Material schon oft genug dargestellt worden, daß der Wiederaufbau in der russischen Landwirtschaft auf Kosten der Dorfarmut vor sich geht. Die Zetkin versucht nun, daß linke Memorandum auch damit abzutun, daß über die Wirkungen der Legalisierung der Landpachtung und der landwirtschaftlichen Lohnarbeit noch keine abschließenden Erfahrungen vorliegen können, weil diese Neuerung noch zu jungen Datums ist, und die statistischen Unterlagen mangelhaft sind.

Indem die russische Regierung die Umschichtung des bäuerlichen Eigentums legalisiert, kann die kapitalistische Entwicklung hier ungehemmt ihren Lauf nehmen und die Ausblicke der Zetkin zeigen dem westeuropäischen Arbeiter deutlich die nächste Zukunft Rußlands. Sie sagt: „daß der Sowjetstaat heute nicht in der Lage ist, um allen Dorfarmen die Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, zur Bewirtschaftung ihres Nutzungsanteils am nationalisierten Grund und Boden. Die Folge ist **wirtschaftliche Abhängigkeit der meisten Dorfarmen von den begüterten Bauern,** die ihnen Pferd, Arbeitsgeräte, Sämereien u. a. leihen, natürlich gegen Zins oder Arbeitsleistung in der Wirtschaft der Kulacki, bezw. Anteil am Bodenertrag. **Pacht und Lohnarbeit bestehen in Wirklichkeit fort als Ausnutzungsmacht des wohlhabenden Bauern über Grund und Boden und fremde Arbeitskraft.** Doch zurzeit als Verwendung von Lohnarbeit sowie Bodenpacht gesetzlich untersagt war, hielt sich der Kulack für das Gefahrenrisiko des gesetzwidrigen Verhältnisses von vornherein dadurch schadlos, daß er für seine Hilfe den Armen Muschik doppelt und dreifach ausspreßte. **Die Legalisierung der Pachtung und Lohnarbeit eröffnet sicherlich Möglichkeiten, dank deren die Kulacki wieder reicher werden können.** Gleichzeitig schafft sie jedoch Voraussetzungen, daß die Armen im Dorfe günstigere Verpachtung erkämpfen, oder als agrikole Lohnarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren. Auf die eine oder die andere Weise können sie erfolgreich gegen die Ausbeutung durch die Kulacken ankämpfen." (K. I., Heft 4.)

Der Weg zum Sozialismus sieht in Rußland also so aus, daß der wohlhabende Bauer auch in Zukunft den Dorfparasiten spielen wird, während die Armen sogar dagegen kämpfen dürfen, indem sie sich — gewerkschaftlich organisieren. Wenn die Bolschewiki den Kulacken in den Sattel halfen und im Interesse des Wiederaufbaues auch fernerhin seine Politik machen müssen, dann ist der Trost der Zetkin, daß sie dennoch die Kämpfe der Dorfarmut gegen kulackische Wucherpraktiken unterstützen werden, eben reichlich mager. Vom Standpunkt der Nep ist natürlich kein anderer Weg möglich. Der Weg zum Sozialismus aber entpuppt sich als ein kleinbürgerlicher Glaube an einen anständigen Kapitalismus.

Robert Dißmann †

Robert Dissmann ist plötzlich im Alter von 48 Jahren verstorben. Ein Herzschlag machte seinem Leben auf der Rückfahrt von einer Mexikoreise ein Ende, die er mit einer Anzahl europäischer Gewerkschaftsführer unternommen hatte. Wir leben in einer Klassengesellschaft, in einer Gesellschaft von Ausbeutern und Ausgebeuteten, und so ist es zu verstehen, daß der Mächtige, der 1. Vorsitzende und Beherrscher der größten geschlossenen Gewerkschaft der Welt, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, inmitten von übertriebenem Luxus, zwischen orientalischen Nabobs, europäischen Staatenlenkern und amerikanischen Dollarmilliardären vom Tode überrascht wurde. Trotzdem starb Dissmann im wahrsten Sinne des Wortes in den Sielen der Arbeiterbewegung.

Robert Dissmann, der weit über dem Durchschnitt Begabte, der glänzende und fesselnde Redner, der unermüdliche Arbeiter und talentierte Organisator ist, im richtigsten Sinne des Wortes in der Arbeiterbewegung geworden. Schon mit 22 Jahren war er Angestellter des DMV. in selbständiger leitender Stellung als Bevollmächtigter einer großen Verwaltungsstelle im Rheinland, von 1904—1911 in gleicher Funktion in Frankfurt a. M., 1911—1916 Parteisekretär in Hanau, 1916 in gleicher Eigenschaft in Frankfurt am M. Bis Ende des Krieges und die ersten Monate nachher propagierte und organisierte er die Opposition. Politisch stand Dissmann seit Gotha, 1916, auf dem äußersten linken Flügel der USPD. Auf dem Stuttgarter Verbandstag, 1919, hob der von der USPD. „revolutionierte", gewiß aber radikalsierte DMV. durch die übergroße Mehrheit seiner Delegierten den alten verknöcherten, erzreaktionären Alexander Schlicke aus dem Sattel und setzte den jugendfrischen revolutionären Dissmann hinein. Brandes (USP.) und Reichel (SPD.) wurden zwar Kollektivvorsitzende zusammen mit ihm, sie aber, wie der ganze Stuttgarter Apparat waren ausgemachte Nullen. Alleinherrscher, Alleinverantwortungsbewußter war der alle geistig weit überragende Dissmann.

Trotzdem Robert Dissmann aus ärmlichen proletarischen Verhältnissen sich in der Arbeiterbewegung emporarbeitete zu einer gesellschaftlichen Stellung, die wirtschaftlich weit hinragte ins obere Zehntausend, die ihm eine Macht in die Hände gab, die jedes der bisherigen Gesamtministerien des Reiches weit in den Schatten stellte,*) kann von ihm mit vollem Recht behauptet werden, daß er nie (im persönlichen Sinne) um seine Futterkrippe kämpfte. Sein Kampf, seine Arbeit ging stets um seine Organisation, um seine Gewerkschaft, die an sich schon Klassifizierung des Proletariats, die Ausbeutung der Arbeiterschaft, die ein oben und unten, die Herrscher und Beherrschte, die arm und reich bedeutet.

Robert Dissmann war keiner Derjenigen, die brutal den Spieß umdrehten, sobald sie im Throne sitzen. Politisch ging sein Kampf weil gegen die reaktionäre Monarchistenklique der SPD., gegen deren offen großkapitalistisch orientierte Politik, obwohl er selbst Mitglied der SPD. war. Das war der Grund, weshalb er von den sozialdemokratischen Königen erbittert bekämpft wurde bis zu seinem Tode. Selbst während er in Amerika war, wurde gegen ihn ein hartnäckiger Kampf geführt, nachdem es auf dem letzten Verbandstag in Bremen nicht gelungen war, ihn zu beseitigen. Es ist ein Königsthron zu besetzen, der Kampf um ihn wird von neuem desto heftiger entbrennen.

War Dissmann nach seiner Thronbesteigung auch nicht mehr der radikalste Mensch in Deutschland wie vordem, so war es doch stets noch „revolutionär", proletarisch in Geste und Ausdrucksform, und, wäre es so, wie die KPD. den Arbeitern vorredet, daß die Geschichte von den großen Männern gemacht wird, daß die Gewerkschaftsführer zu scheiden sind in Lumpe und gute Kerle, daß es nur auf das Wollen der Führer ankommt, so müßten wir Kommunisten die ersten sein, die Dissmann an die Spitze der Anständigsten unter den anständigen Menschen subsumieren.

Wie jede grundsatzlose Opposition, war es die Opposition der USP., war es bis zu einem entscheidenden Maße Dissmann, der die uralten hundertjährigen, für den heutigen Kampf der Arbeiter völlig unbrauchbaren Gewerkschaften vor dem völligen Verfall bewahrte, der den alten Gewerkschaftskadavern neuen Scheinglanz gab, der durch seinen Scheinradikalismus in dem Arbeiter von neuem den Glauben weckte, daß die Gewerkschaften zu Klassenkampforganen umzugestalten gingen. Zusammen mit den Moskauer Schreiern war es Dissmann, der die beginnende prinzipielle Arbeiteropposition der großen USP., die begann sich antiparlamentarisch, antigesetzlich, antigewerkschaftlich zu orientieren, im Keime erstickte und sie zurückführte teils zur Kaisersozialdemokratie, teils zur kapitals- und staatserhaltenden KPD.

Für seine Organisation kämpfend, für die staatserhaltende kapitalistisch eingestellte Arbeiterbewegung arbeitend, verantwortungsbewußt für sie, war es Dissmann, der alle Störungsversuche im Kleime erstickte, der jede, auch die harmloseste Opposition, der ganze Verwaltungsstellen ausschloß, sobald sie wider den Stachel lökten. Der Kampf gegen die Allgemeine Arbeiter-Union, die schmutzigen, niederträchtigsten Flugblätter gegen uns, die organisierte Denunziation gegen unsere Genossen, die Reinigung der Betriebe von KAP.- und AAU.-Genossen war mit Dissmanns Werk. Dissmanns Kampf gegen uns entsproß nicht der demagogischen perfiden Halunkenseele wie der hohlköpfigen bornierten russischen Staatsbeamten in Deutschland; sein Kampf ging um die Erhaltung der Klassengesellschaft, um die Erhaltung der Ausbeutung, um die Erhaltung des Kapitalismus, an den die Gewerkschaften, an den sein DMV. auf Gedeih und Verderb gekettet ist. Für die Erhaltung des kapitalistisch-gewerkschaftlichen Systems ging Dissmann über Leichen, über proletarische Leichenpyramiden.

Dissmann verkörperte ein Stück reformistischer Arbeiterbewegung, die reaktionär werden mußte, als der Kapitalismus reformunfähig wurde, als deshalb die Gewerkschaften reaktionär wurden. Zusammen mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Arbeiterbewegung wurde Dissmann Reaktionär; mit der revolutionären Phrase auf den Lippen hat ihn Meister Sensemann abberufen.

Robert Dissamnn war die personifizierte, unfähig gewordene, für den Klassenkampf jetzt unbrauchbar gewordene Arbeiterbewegung. Er und seine große Arbeitsleistung, er und sein gutes Wollen für die alte Arbeiterbewegung müssen dem Proletariat handgreiflich demonstrieren, daß die Gewerkschaften zerschlagen werden müssen, daß an ihre Stelle auf den Betrieben und Arbeitsnachweisen aufgebaute revolutionäre Betriebsorganisationen geschaffen werden, Klassenkampfinstrumente, in denen ausschließlich proletarischer Wille zum Ausdruck kommt, in denen die Initiative der Arbeiter führt. Nur dann werden nicht mehr die intelligentesten und fähigsten Proletarier dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse entzogen und zu mächtigen Königen emporgehoben, nicht mehr zu mächtigen Faktoren des Kapitals gegen die proletarische Revolution gemacht.

*) Es kann hier wohl ruhig betont werden, daß auch die deutschen Proletarier ihre „Revolution" machen würden, wenn ihnen von der Gewerkschaft die Flinten in die Hand gedrückt und das Pulver von den sozialdemokratischen (von den wirklich christlichen) Pfaffen gesegnet würde.

„Roten Fahne" ist zusammengebrochen. Wenn sie behauptet, daß die kommunistischen Regierungsmitglieder innerhalb der Geheimsitzungen des Kabinetts ein wenig „gemeckert" haben, so ändert das, wenn es überhaupt stimmt, nicht das geringste an der Tatsache, daß sie im Landtag und vor der proletarischen Oeffentlichkeit die **volle Verantwortung** für die Regierungsvorlage mit übernehmen.

Die Fürstenvorlage lief nach dem Sturz der Zeigner- und Böttcher-Regierung im Sächsischen Landtag noch bis zum **9. Juli 1924. Erst dann wurde sie endgültig angenommen.** Damals, wie auch in einigen Ausschußsitzungen nach jenem denkwürdigen Oktober und in der Zeit der Lipinskiregierung und auch der Zeigner-Regierung, als die Kommunisten noch nicht in ihr saßen, haben sie sich allerdings mehr oder weniger scharf gegen den Raubvertrag gewandt. Am 9. Juli 1924 haben sie ihn abgelehnt. Aber das ändert alles nichts an den Tatsachen des 23. Oktober 1923. Im Gegenteil, nirgends tritt der Reformismus schärfer hervor als bei dieser Angelegenheit. Als die Kommunisten in der Regierung saßen, **stimmten sie zu.** Als sie nicht mehr darin waren, **lehnten sie ab.**

Das ist Ministerialismus der schlimmsten Sorte. Die Genossen in der Partei müssen verlangen, daß mit dem Böttcher und seinen bewußten Hintermännern endlich Schluß gemacht wird. Sie dürfen nicht dulden, daß man mit ihnen **noch einmal** das schändliche Spiel des Oktober 1923 spielt; denn niemand anders zahlt die Kosten, als das Proletariat.

Aus der Bewegung

RFB. und Reichsbanner

Sie schlagen sich gegenseitig den Schädel ein.

Man schreibt uns:

Welche Wirkungen die von der KPD. gepredigte Einheitsfront zeitigt, soll weiter unten gekennzeichnet werden. Zum Zwecke der Massensuggestion schuf man unter anderem auch den RFB. mit seinen Schalmeienkapellen. Genau so, wie sich ja auch die SPD. zum selben Zweck und zum Schutze der Demokratischen Republik ihr Reichsbanner schuf. Bei allen Begebenheiten, sei es Hohenzollernabfindung, Fürstenentscheid, Bericht der Rußlanddelegationen usf., waren diese Organisationen dazu da, die Einheit um jeden Preis zu wahren, und anders denkende Proletarier zu verhindern, ihre Meinung zu sagen, sei es selbst mit brutaler Gewalt. Auch Vorkommnisse wie in Charlottenburg, wo einige Genossen der Allgemeinen Arbeiter-Union der KAP., beim Kleben von Plakaten, von Roten Frontkämpfern überfallen, geschlagen und das gesamte Material an Plakaten, Sammellisten und Marken geraubt wurde, zeigen uns ganz deutlich, wozu diese von ihren oberen Leitungen aufgehetzten und fanatisierten Arbeiter gebraucht werden. Am Mittwoch, den 27. Oktober 1926, morgens zwischen 12—1 Uhr, trafen wir, von einer Feier kommend, im Osten Berlins, Vogt-, Samariter-, Schreinerstr., größere Trupps Reichsbannerleute in Uniform und Zivil. Einige dieser Helden wurden von uns erkannt, so daß deren Name und Adresse feststeht. Unter Pfeifen, Heulen und wilden Rufen rasten diese Helden die genannten Straßenzüge entlang bis zur Frankfurter Allee. Was auffiel war, daß trotz des enormen Lärms keine Sipo zu sehen war, und wo dennoch zwei Mann auftauchten, sie sich um nichts kümmerten. Des Rätsels Lösung erfolgte sehr schnell: Reichsbanner fiel hier über ihre Einheitsfreunde vom RFB. her und schlug, wo sie dieser habhaft werden konnte, mit Gummiknüppeln tüchtig drein. Ein Verwundeter des RFB., von seinen Kameraden im Stich gelassen, wurde von uns nach der Unfallstation Warschauer Str. geschafft, und dort verbunden. Dort trafen wir noch mehr der zerstreut umherirrenden Krieger, unter ihnen auch noch einige Verwundete, die von der Heftigkeit der Schlacht Zeugnis gaben. Wie diese uns mitteilten, wurden sie vom benachbarten Bezirk zur Hilfe gerufen, da Reichsbanner das Lokal von Thomas, wo Rot Front tagte, stürmte. Da das Reichsbanner diesmal größere Truppen — oder waren diese nur „tapferer"? — aufgeboten hatte, so mußte hier „Rot Front" das Kampffeld räumen. Werden den Proletariern beider Organisationen nicht endlich die Augen aufgehen, damit sie sehen lernen, zu welchem elenden Zweck sie mißbraucht werden? Arbeiter des RFB., ist das Klassenkampf? Stürzt das den Kapitalismus? Wird hier eure furchtbare Erregung geboren zum guten Teil aus der wirtschaftlichen Verelendung, nicht in Bahnen gelenkt, die euch ablenken sollen von dem, was wirklich not tut? Zusammenschluß in den Betrieben und Stempelstellen und Kampf gegen das gesamte kapitalistische System. Proletarier des RFB., lernt denken! Denkende Arbeiter gehören in die KAPD.!

Bonn

Ein Mitglied der zweiten Arbeiterdelegation bestätigt den kapitalistischen Aufbau Rußlands.

Reinfall der KPD.

Für das Bonner Bäckerdutzend der KPD. war der 26. Oktober ein Ereignis, an welchem dieser Partei die letzte Zukunftshoffnung auf nochmaligen Einfluß in der Arbeiterschaft verloren ging. Vor Jahren eine für Bonner Verhältnisse äußerlich repräsentative Macht, ist heute diese Partei im wahrsten Sinne des Wortes ein politischer Leichnam. Versuchen diese Leute unter den Arbeitslosen ihren Werktätigen-Kongreßschwindel, oder einen Rußlanddelegierten zur Versammlung zu empfehlen, dann werden sie mit ihrem Sermon jedesmal abgewiesen. Zu stark ist schon das antibolschewistische Gift der KAP. in der Arbeiterschaft eingefressen. Mehr und mehr zeigt sich, daß außer der KAP. für „revolutionäres" Eunuchentum kein Platz mehr in der Arbeiterschaft ist. Die von der KPD. unter der Flagge „Komitee der Rußlanddelegierten" einberufene Versammlung, wo Dr. Hamelrath von der christlich-soz. Reichspartei als Mitglied der zweiten deutschen Arbeiterdelegation über das Thema: „Gegen die Lügenberichte der bürgerlichen und sozialdemokratische Presse über Rußland" sprach, erbrachte dafür den eklatantesten Beweis. Wenn auch der christl.-soziale Einheitsfrontgenosse der KPD. unter den Massen für ihre Nepperpolitik nochmals Kredit verschaffen sollte, so zeigte doch der Verlauf der Versammlung, um mit Goethes Worten zu sprechen: „Sie wollten das Böse und schafften das Gute."

Wie überall, wo der KPD. revolutionäre marxistische Kritiker gegenüber stehen, versuchte sie auch in dieser Versammlung, keine Diskussion zuzulassen. Ein Teil ehemaliger KPD.-Genossen verließ darum die Versammlung. Die KAP.-Genossen setzten aber durch, daß eine Diskussion über den Bericht stattfand. Wie zu erwarten war, gab der Referent, dem die historisch-materialistische Geschichtsauffassung vollständig fremd ist, eine belletristische Erzählung zum besten. An dem wohl sattes Bürgertum, bei nur 20 Pf. Entree, auf seine Rechnung kam. Die Arbeiterschaft aber erhielt durchaus keine Aufklärung über das sozial-ökonomische und politische Gesicht Rußlands. Daß die Delegierten unbedingt Bucharin, den großen Mann Rußlands, sehen wollten, und ihn mit vier zerlumpten Gestalten in seinem Zimmer trafen, er selbst (Bucharin) die zerrissensten Hosen an hatte, woran Sie Gefallen fanden, ist letzten Endes eine Angelegenheit der Rußlandfahrer selbst, durchaus wertlos ist nur, dies als das eigentlich wichtigste der ganze Reise zu berichten. Als christlich-sozialer Rußlandfahrer hat ihn die Schlichtheit und Bedürfnislosigkeit der Russen am meisten imponiert. Dadurch käme der Arbeiter in Rußland, der 40 Rubel im Monat bekäme, auch ganz gut zurecht, allerdings würden auch 80, 100, 200 und mehr Rubel von besser qualifizierten Menschen verdient. Es gäbe dort auch Arbeiter, die unzufrieden wären. Im großen und ganzen gehe es aber in Rußland heute aufwärts. Geflissentlich hatte der Referent jede persönliche Stellungnahme über die Art des Aufbaues Rußlands vermieden.

Ein Genosse der KAP. wies dann an Hand von Zahlenmaterial aus der russischen Presse der Versammlung auf, daß von einer Herrschaft der Arbeiterschaft und von sozialistischem Aufbau in Rußland keine Rede sein kann. Da das Vehältnis der Arbeiterschaft zur Produktion und ihre Verteilung nicht vom allgemeinen Standpunkt sozial-proletarischer Bedarfsnotwendigkeit bestimmt ist, sondern auf Grund der gewaltig überwiegenden bäuerlich-kapitalistischen Privateigentumsgrundlage und dem daraus bedingten Warencharakter der Volkswirtschaft ganz von den kapitalistischen Konkurrenzbedingungen abhängig ist. Bei dieser wirtschaftlichen Vorherrschaft der kapitalistischen Kräfte, von Arbeiterherrschaft zu sprechen, hieße die Regierung der Volksbeauftragten von 1918, sowie die gesamte Arbeiterregierung von Sachsen 1923, als Arbeiterherrschaft anzuerkennen. Der Schwindel der Diktatur des Proletariats in Rußland zeige sich auch so recht in den letzten Sowjetwahlen. Unser Gen. zeigte die steigende politische Aktivisierung der bürgerlichen Schichten auf. Auf der einen Seite sprechen die russischen Regierungsgewaltigen von 7 Millionen Proletariern, und auf der anderen Seite sollen nur 6 Prozent eines 100 Millionenvolkes politisch entrechtet sein. Darin zeigt sich neben der wirtschaftlichen Uebermacht auch die politische Uebermacht der antisozialistischen Kräfte. Das russische Proletariat stehe daher gleich dem gesamten internationalen Proletariat vor der Aufgabe, die eigene soziale Revolution durchzuführen.

In seinem Schlußwort erklärte der Referent, nachdem er vorher öffentlich die Richtigkeit des aus der russisch-bolschewistischen Presse stammende Material anerkannt hatte, daß er absichtlich nicht auf diese Seite eingegangen sei, denn das, was der KAP.-Genosse aufgezeigt hätte, wüßten wohl einige und er selbst auch. Er hätte doch gar nicht gesagt, daß sich Rußland im sozialistischen Aufbau befindet, im Gegenteil denke er daß der Aufbau Rußlands kapitalistisch sei. Immerhin müsse dankbar anerkannt werden, daß der KAP.-Genosse die russische Frage so grundsätzlich aufgezeigt habe. Er erachte es aber für besser, diese Frage im engeren Kreise zu behandeln. Damit war die Niederlage der KPD. endgültig. Trotzdem konnte sich der Stadtverordnete Bartsch als Versammlungsleiter, der vorher die Objektivität des Referenten gepriesen hatte, nicht enthalten zu erklären: „Er glaube doch an den sozialistischen Aufbau, und es wäre doch besser gewesen, einen KPD.-Referenten als Berichterstatter gewonnen zu haben." Den Ueberklugen, die immer noch glauben, aber nicht wissen, wünschen wir, daß sie viel Glück als „Arbeiterführer" haben mögen. Wenn jedoch Lächerlichkeit töten könnte, dann — —. Noch eine starke Seite des KPDistischen RFB. Während der Versammlung verkaufte vor dem Saal ein KAP.-Genosse an einen Genossen der KAP. die „KAZ." Einigen roten Frontkämpfern, üblen deklassierten Elementen, fiel das auf die Nerven und sie stürzten sich auf den Genossen, um ihre Stärke zu beweisen. Am Schluß der Versammlung erklärte ein Genosse diesen Helden, daß nur Pack, nicht aber klassenbewußte Arbeiter zu solcher Tat fähig seien.

Diese Gesellen, die durch ihre Niederlage in der Versammlung ganz und gar den Kopf verloren hatten, beantworteten dies mit neuen Tätlichkeiten. Die Empörung der Arbeiter war über diese Elemente allgemein. Außer sympathisierenden Genossen ergriffen auch mehrere KPD.-Arbeiter gegen diese traurigen Helden Partei. Unsere Genossen selbst machten ihren Einfluß gegen diese Schlägerei geltend. Sollte in Zukunft sich die KPD. nochmals so ein Stück wagen, dann werden unsere Genossen beweisen, daß sie auf diese Art wenn es sein muß, mit der KPD. auch fertig werden.

Oeffentliche Jugendversammlung

Am Montag, den 8. November, abends 7,30 Uhr, im **Jugendheim Charlottenburg,** Rosinenstr. 13a (Baracke). Thema: **Fürstenraub, Sowjetrußland und die deutsche Revolution.** Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Grüna bei Chemnitz

Hier fand am 23. 10. die erste von der KAP. und AAU. einberufene Versammlung statt. Grüna ist ein Industrieort mit KPD.-Mehrheit. Große Verwunderung, daß es der „kleinen" KAP. immer mehr und mehr gelingt, Fuß zu fassen. Man war gekommen, um den Außenseitern gehörig Bescheid zu sagen — und ging mit roten Köpfen.

Der Referent untersuchte die Ursache der heutigen Krise. Ausgehend von der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ihrer Wirtschaftsweise usw., zeigte er parallel damit die Entwicklung der Klassenkampforganisationen des Proletariats. Er bewies, daß das, was einst gut war (Berufsorganisationen) heute zum größten Hindernis für die Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf geworden ist. Zeigte ganz besonders die KPD. und ihre praktische Arbeit im Parlament, und vor allem ihre direkt konterrevolutionäre Rolle als Zutreiber der Amsterdamer. Die anwesenden KPD.-Anhänger wurden immer unruhiger, machten sich durch ganz besonders geistreiche Zwischenrufe wie, „wir wollen ja gar keinen Bürgerkrieg" usw. bemerkbar.

In der Diskussion sprachen nur Anhänger der KPD., verteidigten dieselbe und gaben, in die Enge getrieben zu, daß große Fehler gemacht worden sind. Aber die sollen wir nun ernstlich vergessen und gemeinsam mit ihnen in Gewerkschaften und Parlamenten arbeiten. Der Referent zeigte ihnen im Schlußwort nochmals, daß gerade Parlament und Gewerkschaften Bestandteile der heutigen Gesellschaftsordnung sind. Daß die Lage der Arbeiter im heutigen System nicht besser, sondern schlechter werden muß. Er wies ihnen den Weg, „Klassenkampforganisationen" zu schaffen in den Betrieben und an den Stempelstellen, um so die historische Waffe zur Befreiung der Arbeiterklasse zu schmieden.

Große Büchermesse!

Gute sehr billige Bücher, weit unter Preis für jeden Arbeiter

in der Zeit vom Montag, den 8. November bis Sonnabend, den 20. November in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, SO 36, Lausitzer Platz 13. — Einheitspreise: 10 Pf., 25 Pf., 50 Pf. u. 1 Mk. Mengenabgabe vorbehalten.

Der Tatsache, daß durch Massenarbeitslosigkeit große Teile der Arbeiterschaft von jeder sozialistischen und kommunistischen Literatur abgesperrt ist, hat die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, dadurch Rechnung getragen, daß sie in der Zeit vom 8.—20. November eine Büchermesse veranstaltet. Durch besonders günstigen Abschluß können Broschüren und Bücher weit unter Preis abgegeben werden. Die Literatur ist in reichlicher Auswahl vorhanden, so daß sich ein Besuch auf jeden Fall lohnt. Wir sind überzeugt, daß jeder Besucher der Büchermesse angenehm enttäuscht sein wird, und können unsererseits den Besuch der Messe nur empfehlen.

Annaberg

Anläßlich der sächsischen Landtagswahlen fand hier am 26. 10. eine von der KAP. und AAU. einberufene öffentliche Versammlung statt. Annaberg ist Zentrum des oberen Erzgebirges. Die Not und das Elend ist hier sprichwörtlich und der Hunger zur Tradition geworden. Schon vor dem Kriege versuchten Männer wie Most, Liebknecht usw. diese schwer beweglichen Arbeitermassen in Bewegung zu setzen. Die Unternehmer verstehen es, diese Situation auszunützen. Hat doch sogar die große AEG. in Zeiten der schwersten Krise hier binnen kurzem eine neue Fabrik erstehen lassen. Die Löhne, die gezahlt werden, sind Hungerlöhne. Der Durchschnittslohn ist 35 Pfennig (in Worten: Fünfunddreißig Pfennig) die Stunde. Die Preise der Lebensmittel, durch die Transportkosten, weit höher wie in den Städten.

Der Besuch der Versammlung, nicht nur unserer, steht in keinem Verhältnis zu den eben gezeigten Tatsachen. Unser Referent verstand es in volkstümlicher Weise ihnen ihr eigenes Elend, mit dem sie sich scheinbar abgefunden haben, zu schildern. Die gegenwärtige Krise ist trotz vieler Versuche, diese zu überwinden, eine dauernde. Sie ist zur Todeskrise geworden. Die Lage der Arbeiterklasse wird immer schlechter werden, wenn sie nicht endlich lernen als Klasse ihre geschichtliche Mission zu erfüllen. Bewies ihnen, daß man jetzt wieder dabei ist, durch Stimmzettelrevolutionen ihnen ihre Unmündigkeit zu dokumentieren. Und zeigte ihnen das heutige Wesen der Gewerkschaften, die enge Verbundenheit derselben mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In der Diskussion sprach ein Genosse der KPD. über Revolutionierung der Gewerkschaften. Der Referent zeigte ihnen im Schlußwort den Aufbau der Union, die BO. als Träger der Räteorganisation und daß sie den Parlamentarismus nicht mehr unter der Devise: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber", sondern: Alle Macht den Räten! betrachten sollen.

Proletarisches Notizbuch

Die Lohnverhandlungen im oberschlesischen Bergbau sind gescheitert. Die Gewerkschaften hatten ihre alte Forderung von 15 Prozent Lohnerhöhung erhoben, die die Unternehmer als durchaus „untragbar" erklärten. — Sie wissen, daß die Gewerkschaften mit jeder Verbindlichkeitserklärung einverstanden sind, und als Tarifkontrahenten jeden Streik abwürgen.

Abgeblitzt. Die Gewerkschaften haben bekanntlich ein neues Arbeitsgesetz gefordert. Die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" antwortet darauf in einer Erklärung, in der es zum Schluß heißt: „Wir stehen hiernach auf dem Standpunkt, daß die außenpolitische und weltwirtschaftliche Lage Deutschlands noch weniger als die innerdeutschen Verhältnisse Veranlassung bieten kann, der deutschen Wirtschaft, sei es auch zunächst nur durch innere Gesetzgebung, neue Fesseln aufzuerlegen." — Es wird höchste Zeit, daß das Proletariat die Kapitalisten vollständig von ihren Fesseln befreit, indem es diese Hungerordnung mitsamt ihren gewerkschaftlichen Demagogen auf den Schindanger der Geschichte wirft.

Das neueste Attentat auf Mussolini wurde von einem Jugendlichen verübt. Der Attentäter wurde von den Faschisten auf der Stelle erstochen, damit er nicht mehr sprechen kann. Daraufhin wurde eine neue Verschärfung der faschistischen Terrormaßnahmen angekündigt. Die ganze Geschichte riecht auffällig nach bestellter Arbeit.

Kapitalistische Frechheit. Der Reichsminister Külz sprach am 31. Oktober auf dem demokratischen Bezirksparteitag in Görlitz. Er erklärte, daß der Staat durch die Erwerbslosenversicherung eine Milderung der Lasten erwarte. Eine Besserung der Erwerbslosigkeit sei kaum von 1928/29 zu erwarten.

Der Weltspartag, zu dem der „Deutsche Sparkassenverband" am 31. Oktober aufgerufen hatte, soll einen ungeheuren Andrang der Arbeitslosen und vor allen Dingen Ausgesteuerten aufgewiesen haben. — Ob die aufgespeicherte Wut über diese Verhöhnung nicht einmal überläuft?

Reichstagseröffnung. Der deutsche Reichstag hat nach viermonatlichen Ferien seine Vorstellungen wieder begonnen. Auf die Preisfrage, was überflüssiger ist als diese Quasselbude, dürfte wohl kaum eine Antwort möglich sein.

Eine Hundegeschichte. Wegen Nachdrucks des bekannten Hundegedichts wurde der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne" zu neun Monaten Gefängnis und Publikation des Urteils in allen möglichen bürgerlichen und faschistischen Zeitungen verurteilt. In diesem Gedicht erscheint Hindenburg als Hund, mit einem Knochen im Maul, der die Verfassung darstellen soll. — Hauswirt, der verurteilte Redakteur, erklärte vor Gericht, daß „dieses Gedicht die Antwort auf den Hindenburgbrief anläßlich des „Volksentscheids" war. Eine wirklich harmlose, „außerparlamentarische Aktion", die auch Hindenburg begreifen sollte.

Der Arbeiter-Delegations-Rummel. Wie die „Rote Fahne" meldet, ist schon wieder eine neue Delegation im Anrollen: die Freidenkerdelegation. Demnächst wird man wohl auch noch Delegationen von Scherenschleifern, vom Arbeiter-Schützenbund oder ernsten Bibelforschern entsenden. — Nur auf einen Beschluß einer großen öffentlichen Versammlung, eine Delegation der KAPD. zu entsenden, schweigt das Rußlandkommitee.

Vier Arbeiter bei einem Hauseinsturz schwer verletzt. In Melle stürzte, wie aus Osnabrück gemeldet wird, ein bis auf das Dach fertiggestelltes Haus ein. Dabei wurden vier Arbeiter unter den Trümmern begraben, die in schwerverletztem Zustande geborgen wurden.

Mitteilungen

An die Bezirke und Ortsgruppen!

Sämtliches Material, welches von der VRUK. an die Bezirke und Ortsgruppen ausgegeben wurde, Marken und Listen, sind ungültig und müssen sofort abgeliefert werden. Von nun an sind nur Sammellisten mit rotem Aufdruck zu verwenden; dieselben werden neu ausgegeben und sind nur solche zu verwenden. — Die Extra-Listen für Weihnachtspakete für die politischen Gefangenen sind bis 15. Dezember abzurechnen.

Die Arbeitsausschuß-Sitzung am Donnerstag, den 4. November fällt aus. Nächste Zusammenkunft aller Funktionäre und Arbeitsausschußmitglieder am Donnerstag, den 11. November 1926.

Alle Zeitungsobleute erscheinen am Sonnabend **um 6,30 Uhr** in der Stadthalle Klosterstraße. KAJ.

Die Versammlung der Entschiedenen Linken findet Donnerstag, 4. 11., Schreibers Festsäle, Triftstr. 62, statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl S..a, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iandorst, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 88

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

November 1926

Revolution trotz alledem!

Die Novembertage sind ein schwarzes Kapitel in der Geschichte des deutschen Proletariats. — Jahrzehntelang galt die Arbeiterbewegung Deutschlands als leuchtendes Vorbild der sozialistischen Internationale. Mit prophetischem Blick hatte Marx am Ende des deutsch-französischen Krieges vorausgesehen, daß die Verschiebung des Schwergewichts der europäischen Wirtschaft nach dem [illegible]

Liebknechts Sturmruf

[illegible]